

Innerpolitische Entscheidungen.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Zum ersten Male seit Kriegsausbruch treten wichtige innerpolitische Entscheidungen so stark bei uns in den Vordergrund, daß sie für einige Tage alles Interesse fast ausschließlich für sich beanspruchen. Es ist die geplante Reorganisation der Ernährungspolitik und die endgültige Beschlussfassung über die Kriegssteuern.

Die mit des Staatssekretärs Dr. Brüch's Rücktritt zusammenhängenden Pläne einer neuen Organisation des Reichsamts des Innern haben, wie der Draht inzwischen schon gemeldet hat, im Haushaltsausschuß des Reichstages bereits eine kurze, aber nicht belanglose Aussprache hervorgerufen. Von allen Seiten wurden Klagen darüber vorgebracht, daß bei diesen für die innere Kriegsführung äußerst wichtigen Plänen der Rat und die Ansicht des Reichstages anscheinend ausgeschaltet werden solle. Wenn nach unserer Verfassung die Volksvertretung auch kein Recht des Mitredens bei der Auswahl der neuen Männer habe, so könne sie doch in Zeiten wie den gegenwärtigen zum mindesten verlangen, daß sie bei den geplanten grundlegenden Neugestaltungen der Lebensmittelbeschaffung im Kriege ihr Wort rechtzeitig mit in die Waagschale werfen könne. Besonders aus den Kreisen des parlamentarischen Beirats des Bundesrats wurden lebhaft Klagen darüber laut, daß man ihn zwar bei allen kleinen Einzelfragen der Volksernährung zu Rate ziehe, bei grundsätzlichen Änderungen dagegen offenbar vor vollendete Tatsachen stellen wolle. Natürlich bestritt der Vertreter des Reichsamts des Innern, Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein, die Absicht der Ausschaltung oder der Ueberumpelung des Reichstages und seines parlamentarischen Beirats. Aber die Tatsachen sprachen doch so stark gegen ihn, daß schließlich der Gesamtausschuß zur Selbsthilfe griff und die Beratung der Ernährungspolitik einstweilen verweigerte. Man darf überzeugt sein, daß dieses entschlossene Verhalten in weitesten Kreisen des deutschen Volkes volles Verständnis finden wird.

Bei dieser Gelegenheit wurde vom Regierungsvertreter nachdrücklich festgestellt, daß die umlaufenden Zeitungsmeldungen über die beabsichtigten Reorganisationsmaßnahmen und über die Persönlichkeiten, die zu Desbrück's Nachfolgerschaft berufen werden sollten, auf haltlosen Vermutungen beruhten. Das mag zum Teil richtig sein, denn die Nachrichten über eine Teilung des Reichsamts des Innern, über die Anstellung eines Lebensmittelbiktators sind schon so oft verbreitet worden, daß sie auch gegenwärtig unbegründet sein können, und die Meldungen von der Uebertragung diktatorischer Befugnisse selbst gegenüber Bundesratsbeschlüssen an einen hohen Militär haben doch viel Unwahrscheinliches. Aber ganz aus der Luft gegriffen sind doch hoffentlich nicht alle Gerüchte; denn ein Teil von ihnen spiegelt dringende Wünsche des deutschen Volkes wider, die nicht ungehört verhallen dürfen. Vor allem scheint eine Selbständigmachung der Kriegswirtschaftspolitik und die Uebertragung der Exekutivgewalt an die neue Behörde nach allen bisherigen Erfahrungen unvermeidlich zu sein. Sicherlich aber werden die kurze Aussprache und der einmütige Beschluß in der Reichshaushaltskommission die Reichsregierung belehrt haben, daß jetzt schnell gehandelt werden muß.

Auch die andere innerpolitische Entscheidung, die über die neuen Kriegssteuern, verträgt keine Verschleppung mehr. Reichssekretär Helfferich hatte ja auch selbst schon in den ersten Maitagen den Parteiführern gegenüber den dringenden Wunsch ausgesprochen, es möchten die Steuergesetze noch in diesem Monat verabschiedet und in Kraft gesetzt werden, weil jede Verzögerung erhebliche Ausfälle der neuen Steuern im Gefolge habe. Nun ist die Beschlussfassung brennend geworden. Der Reichstag hat in seinen beiden Ausschüssen die erste Lesung aller Steuergesetze beendet. Er kann nicht weiter, ehe er nicht die Stellung der Reichsregierung zu seinen Beschlüssen kennt. Diese Beschlüsse laufen aber auf nichts Geringeres als auf eine einschneidende Veränderung sowohl der Grundlinien wie vieler technischer Einzelheiten der Regierungsvorschläge hinaus. Sie beseitigen nicht nur die Quittungsstempel-Vorlage und die Erhöhung der Tabak- und Zigarettensteuer, sondern sie verschleбен auch sehr wesentlich die Beziehungen zwischen direkten und indirekten Steuern und gehen schließlich darauf aus, durch nur zwei neue Steuerquellen, die Zahlungs- (Warenumsatz-) Steuer und die Kriegsgewinnsteuer mit eingearbeiteter allgemeiner Vermögenssteuer, den ganzen von Helfferich angemeldeten Steuermehrbetrag zu decken.

So einschneidende Veränderungen seiner Vorschläge will der Reichssekretär erst mit den Ministerpräsidenten und Finanzministern der Einzelstaaten eingehend besprechen. Des-

halb findet gegenwärtig eine Konferenz in Berlin statt, die wohl eine endgültige Entscheidung der Reichsregierung bringen wird. Kein Zweifel, daß sich die Finanzminister zunächst einmütig gegen diese Lösung aussprechen werden, weil die von allen nichtkonservativen Parteien des Reichstages beantragte Reichs-Vermögensabgabe ihre einzelstaatlichen Steuerquellen bedroht. Allein auch der Reichstag steht fest auf seinem Willen, einen erheblichen Teil der neuen Steuern durch direkte Besteuerung anzubringen. Ueber die Form wird er mit sich reden lassen, aber den bekannten Grundsatz, daß das Reich nur indirekte, die Bundesstaaten direkte Steuern zu beanspruchen hätten, will er sich nicht aufzwingen lassen. Hoffen wir, daß es zu einer Verständigung kommt. Denn innerpolitische Konflikte dürfen in diesen schweren Kriegszeitern keine Erregung schaffen. Der Wille zur Verständigung ist auch zweifellos bei allen Beteiligten vorhanden. Also wird sich, sollte man meinen, auch ein Weg zum gemeinsamen Ziele finden lassen.